

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld monatlich 17.000 Mark.
monatl. 17.060 M. Unter Streifband in Polen monatlich 24.000 M. in Deutschland und Danzig 18.000 deutsche M. — Einzelnummer 1000 M. — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Ausperrung hat der Bezieher seinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Gernr. Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Für die 30 mm breite Kolonelseite 800 Mark, für die 90 mm breite Reklamezeile 3200 Mark. — Bei Postbezug und Freistaat Danzig 800 bzw. 3200 deutsche Mark. — Bei Plakatvorleistung und schwierigem Satz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offerten und Auskunftsgebühr 2000 M. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postcheckkonten: Stettin 1847, Posen 202157.

Nr. 163.

Bromberg, Sonnabend den 21. Juli 1923.

47. Jahrg.

Minderheits-Schulen.

Wie der „Dziennik Berliński“ meldet, werden in der zweiten Hälfte des September im Sinne des Vorschlags des polnischen Landtagsabgeordneten im preußischen Parlament, Jan Baczeński, mit diesem zusammen einige deutsche Abgeordnete nach Polen fahren. Der Zweck der Reise ist die persönliche Prüfung des Standes des deutschen Schulwesens in Polen. Es handelt sich um den sozialdemokratischen Abg. König, den Referenten über Schulangelegenheiten im Haupptausschuss des Preußischen Landtages, um Frau Dr. Weigleseider, die gleichfalls der sozialdemokratischen Partei angehört, und eventuell noch um einen demokratischen Abgeordneten. Die Kommission will in Deutschland die gleichen Rechte für das polnische Minderheitsschulwesen erwirken, wie sie die deutsche Minderheit in Polen genießt.

Wir begrüßen diese Rundfahrt mit außerordentlicher Freude. Sie ist ein Gegenstück zu der Reise des deutschen Abgeordneten Raumann, die ihn mit einigen polnischen Arbeitervertretern vor Jahr und Tag nach Westpolen und in die Lausitz führte, um die Lage der polnischen Minderheit zu überprüfen, über die damals in Polen derartige Greuelmärchen verbreitet wurden, daß in den Städten Bromberg und Ostrowo und auf manchen Dörfern Terrorakte gegen die deutsche Bevölkerung verübt wurden. Die Kommission Raumann konnte feststellen, daß die Gerichte auf Unwahrheit beruhten und entzog damit allen Vergeltungsmaßnahmen hierzulande den Böden.

Wir wünschten nichts sehnlicher, als daß die Kommission Baczeński auch unsere Klagen auf dem Gebiete des Schulwesens als irrig bezeichnen könnte und fürchten nur, daß das Gegenteil festgestellt werden könnte. In jedem Fall aber verlangen wir eine vorbildliche Behandlung der polnischen Minderheit in Deutschland, und zwar in jeder Beziehung. Die Rechtslage der Polen im Deutschen Reich, die sich auf keinen Minderheitenschutzvertrag stützen können, ist allerdings keineswegs so günstig wie die unsere. Sie gleicht — mit Ausnahme von Oberschlesien — der Situation, in der sich die Deutschen Kongreßpolens und Galiziens bezüglich der Minderheitsschulen befinden, über deren Rechte der Franzose Clémenceau, der „Tiger“ in der Mantelnote zum Minderheitenschutzvertrag wörtlich schreibt: „Die Deutschen der anderen Teile Polens können diesen Artikel, um an den Privilegien teilzuhaben, nicht für sich in Anspruch nehmen. Sie können sich also nur auf die Großmutter der polnischen Regierung berufen und werden sich tatsächlich also in derselben Lage befinden, wie die deutschen Mitbürger polnischer Zunge in Deutschland.“

Hier wird also ein bedeutsamer Unterschied zwischen der rechtlichen Stellung der deutschen Minderheitsschulen im ehemals preußischen Teilgebiet und denjenigen des polnischen Unterrichtswesens im Deutschen Reich gemacht, aus Gründen, die gleichfalls in der angeführten Mantelnote erörtert werden und deren Wiedergabe in diesem Zusammenhang nicht interessiert. Wir betonen diese Verschiedenartigkeit der Verhältnisse keineswegs, um nun auch eine verschiedene Behandlung der beiden Minderheiten zu empfehlen. Das Gegenteil ist vielmehr der Fall. Mag Herr Kierski die Bestimmungen des Minderheitenschutzvertrages als einen Höchstpreistarif ansehen, den man mit aller juristischer Spitzfindigkeit herunterdrücken oder gar bekämpfen soll, — wir Deutsche in Polen sehen in den Minderheitenschutzbestimmungen unserer Tage nur einen verheißungsvollen Anfang, einen Rahmen, der erst mit besserem Inhalt erfüllt werden soll.

Im polnischen Sejm war es möglich, daß ein Antrag des Abg. Raumann, in einer Minderheitfrage — es handelte sich dabei um deutsche Ansiedler — nach den Beschränkungen der Verfassung, und des von Polen sanktvierten Minderheitenschutzvertrages zu verfahren, einstimmig von allen polnischen Parteien (auch von der Kirche) abgelehnt wurde. Wir erwarten, daß der preußische Landtag zugunsten seiner polnischen Minderheit den entgegengesetzten Weg einschlägt, d. h. weit mehr bewilligt, als wie Herr Baczeński verlangen kann, der sich nur auf die Bestimmungen der preußischen Verfassung und nicht auf den Minderheitenschutzvertrag zu berufen vermag. Denn die Erfüllung der billigen Forderungen einer Minderheit kommt nicht allein dieser selbst, sondern mindestens in gleicher Weise der herrschenden Nation zugute. Wenn wir in jedem Unglück, das Menschen und Völker erleiden, eine heilsame Lehre entdecken, so mag es für unser deutsches Volkstum in allen Ländern diese sein, daß es an Gerechtigkeit und Toleranz alle anderen Völker übertrifft und so auch die harte Lehre, die der polnischen Nation auf ihrem Leidensweg gegeben wurde, beherzigt, die viele ihrer Vertreter heute in den Wind schlagen, weil sie glauben dem berechtigten sacro egoismo ihres Volkstums nur dadurch dienen zu können, daß sie durch formaljuristische Gründe den ewigen Sinn einer übernationalen Gerechtigkeit in den Hintergrund rücken.

Witos und die nationalen Minderheiten.

In einer Unterredung mit einem lettischen Journalisten äußerte sich Ministerpräsident Witos über die Frage der nationalen Minderheiten folgendermaßen: Meiner Ansicht nach erübrigts es sich, der lettischen öffentlichen Meinung zu erklären, welchen Standpunkt die polnische Regierung den nationalen Minderheiten gegenüber eintimmt, da die Minderheitenfrage den Letten aus eigener Erfahrung bekannt ist. Jeder nüchtern denkende Politiker weiß, daß die nationalen Minderheiten viel zu schwach sind, um die Regierung fürzten zu können. Die Minderheitenfragen läßt sich regeln, nur müssen die gerechten Forderungen der Minderheiten berücksichtigt werden. Ein Rechtsstaat braucht seine nationalen Minderheiten nicht zu unterdrücken, darf es aber gleichzeitig nicht dazu kommen lassen, daß er von den nationalen Minderheiten abhängig ist.

Das sind mehrheitlich goldene Worte unseres Ministerpräsidenten, für die ihm die ganze Staatsbevölkerung Dank zollen muß. Wir bedauern nur, gerade in der vorliegenden Ausgabe unserer Zeitung diesen „nüchtern“

politischen Ausführungen des polnischen Bauernkönigs die ganz anders lautenden Sätze der Parteidirektion von Tarnow entgegenhalten zu müssen, in denen die nationalen Minderheiten Polens zum mindesten als „Fremde“ wenn nicht gar als „Feinde des Staates“ hingestellt werden.

Welches dieser Worte soll nun gelten? — In den Taten der Regierung Witos werden wir die Antwort auf unsere Frage erkennen!

Polen, Tschechien und Rumänien.

Bei Besprechung der Vermittlungsaktion, die durch den tschechoslowakischen Minister Dr. Beneš in Paris und London unternommen worden ist, schreibt die „Neue Freie Presse“ über das tschechisch-polnische Verhältnis u. a. folgendes:

Schon seit einiger Zeit fühlt man, daß der tschechoslowakische Außenminister nicht mehr mit vollen Segeln auf den Wassern der Pariser Politik steuert. Die Reden, die bei Gelegenheit der Anwesenheit des Marschalls Foch in Prag gehalten wurden, waren eher kühn. Es fiel kein einziges Wort, das eine militärische Bedeutung gehabt hätte, und wie es scheint, wurde auch keine neue Verpflichtung übernommen. Frankreich wünschte zwischen der Tschechoslowakei und Polen zu vermitteln, und wünschte auch die Verstärkung der kleinen Entente, um Deutschland der letzten Kraft zu rauben und auch als Schutz gegenüber Russland. Dieses Ziel wurde nicht erreicht. Der Streit um Jaworzyna, das lächerliche Bergdorf in der Nähe der Lomitzer Spize, geht weiter, ebenso der Streit über die Behandlung der polnischen Minderheit sowie derjenige um die Grenze zwischen Ostgalizien und Russland und zwischen Karpathenrussland und Rumänien. Das Organ Dr. Beneš' fiel mit den heftigsten Ausdrücken über den polnischen Außenminister Senda her, und in dieser Beziehung war die kleine Fiasko und vom Standpunkte der hohen Politik ein Schlag ins Wasser.

Und noch eins: Die Tschechen befinden sich in einem scharfen handelspolitischen Gegensatz zu Frankreich, wenn das Bild sich nicht in kurzem ändert und die Vernunft nicht über den Egoismus siegt, wird man das merkwürdige Schauspiel erleben, daß zwei innerlich verbundene Staaten in einem Weltkrieg und einen Handelskonflikt geraten, der nicht ohne Einfluß auf politischem Gebiete bleiben kann.

In derselben Nummer des genannten Wiener Blattes findet sich eine Korrespondenz aus Warschau über den dortigen Aufenthalt des rumänischen Königs. Es heißt darin u. a.:

Man darf sich nicht darüber täuschen, daß außer der traditionellen Freundschaft beider Länder auch die gemeinsame Gefahr dem Bündnis ihren speziellen Charakter verleiht. Die Gefahr droht gleichermaßen Polen und Rumänien von derselben Seite, und sie verstärkt sich noch wegen der bekannten Stellungnahme Tschechiens gegenüber Polen. Daraus ist ersichtlich, weswegen Polen nicht in die kleine Entente eintrreten kann und gemeinsam mit Rumänien sich noch um einen Verbündeten bemüht, nämlich um Ungarn. Im Lichte dieser Tatsachen erhält die Friedensliebe, die mit so großem Nachdruck von König Ferdinand unterstrichen wurde, erst ihre volle Bedeutung.

Die Streitlage.

(Drahtmeldung unserer Warschauer Redaktion.)

Warschau, 19. Juli. Die Streitlage ist folgende:

In Loda ist es neuerdings zu Blutvergießen gekommen. Die Streitenden hatten eine Versammlung auf dem oberen Ning einberufen. Da jedoch laut Polizeiverordnung nur Abgeordnete das Wort ergreifen durften, diese aber auf der Konferenz beim Wojewoden weilten, wartete die angestauten Menge Stundenlang. Als zunächst andere Redner sprechen wollten, ordnete die Polizei die Räumung des Platzes an. Die Menge wollte nun vor das Wojewodschaftsgebäude ziehen, was die Polizei aber verhindern wollte. In diesem Augenblick kam es wie gestern zu Schießereien und Steinwerfern. Der erste Schuß soll angeblich aus einem Fenster gefallen und von einer Frau abgegeben worden sein. Ein Arbeiter wurde getötet und fünf schwer verwundet. Nachdem die Menge auseinandergtrieben war, nahm die Polizei Haussuchungen vor und verhaftete 20 Arbeiter, die angeblich mit Steinen geworfen hatten. Der Abend ist ruhig verlaufen. In der Stadt treiben Polizeipatrouillen die Auseinandersetzungen auseinander. Die Verhandlungen über die Erledigung des Streits haben ebenfalls gestern im Wojewodschaftsgebäude unter Führung des Wojewoden begonnen. Nach vierstündiger Debatte wurde man sich einstimmig über die Neuorganisation der statistischen Kommission und über eine monatliche Gehaltsfestsetzung auf Grund ihres Beschlusses einig. Heute wird weiter verhandelt. Den Strafenhängestellten sind 50 Prozent Gehaltsförderung bewilligt, so daß bei ihnen kein Streit droht. Dagegen sind die Banarbeiter in den Streit getreten.

In Czestochowa ist der Generalstreik unverändert. Her vorzuhaben ist, daß die Industriellen, die jede Lohnverhandlung mit ihren Arbeitern von der Burtschickung der Salutaverordnungen durch den Staat abhängig machen wollen, nachgiebiger geworden sind und im Laufe des gestrigen Tages zu einem Kompromiß Neigung zeigten.

In Posen ist der Streik auf die Bauarbeiter beschränkt.

In Dombrowaer Gebiet streiken nur Metallarbeiter. In Ostgalizien streiken die Holzarbeiter in Tarnopol und Stanislau.

*

Wie der „Przegląd Wieczorny“ aus gutunterrichteter Quelle erfährt, streiken in der Textil- und Metallindustrie (in Warschau?) zusammen etwa 70.000 Personen. In der Metallindustrie der Hauptstadt Warschau streiken etwa 15.000 Arbeiter. Am heutigen Freitag finden nach derselben Quelle im Arbeitsministerium in Warschau gemeinsame Konferenzen zwischen Vertretern der Arbeiterschaft und der Industriellen statt.

Mark u. Dollar am 20. Juli.

(Börslicher Stand um 10 Uhr vormittags.)

Danziger Börse

100 p. M. — lolo 235 d. M. 1 Doll. = 345 000 d. M.
Auszahlung Warschau: —

Warschauer Börse

1 d. M. — 0,42 p. M. 1 Dollar 127 000 p. M.

Der neue Kurs.

Witos über die Politik seines Kabinetts.

Wie die „Kattowitzer Zeitung“ aus Krakau erfährt, hielt Ministerpräsident Witos auf dem Kongress der polnischen Volkspartei eine große Rede. Er wandte sich zunächst scharf gegen die nationalen Minderheiten.

Über die Außenpolitik Polens erklärte Witos: Polen müsse sich, wie jeder andere Staat, der leben wolle, ausdehnen. (Die Ausdehnung ist nur bei übervölkerten Staaten ein Lebenselement und hat in der Geschichte weit öfter zum Untergang als zur Sicherung eines Staates geführt. Die Red.) Doch wird Polen gegen Westen keinen Schritt mehr gehen, wohl aber gegen Osten.

Über die Richtlinien seiner inneren Politik erklärte der Ministerpräsident: Vor den Wahlen haben wir uns an die Parteidirektion gewandt, damit eine gemeinsame Plattform für die sogenannten staatsverhaltende Politik gefunden werde und damit ein ruhiges Arbeiten möglich sei. In dessen fehlte es an Solidarität, und deshalb hat man vielfach die Wahlen verloren. Polnische Staatsbürger haben die Bitten der Fremden (?) unterstellt. Das war eine Kompromittierung des Reiches. Nur bei den nationalen Minderheiten fehlt das Auseinandergehen. Alle Nationen haben die Solidarität erlangt. Nur bei uns fehlt diese Solidarität. (2) Das Herz muß einem bluten bei dem Gedanken, daß es nur eines einzigen Siegels auf die Wage des Gegners bedarf, um die Nation zur Unfreiheit zu bringen.

Der Staat muß politische Ziele haben. (Diese Ziele dürfte er doch haben, Herr Witos!) Er muß ein Testament haben, dessen Ausführung er antreten muß. (Nach Polen hat sein Testament: die erhabene Tradition seiner gerecht führenden Revolutionäre und Helden, die allerdings heute nur ein schwaches Echo in gewissen Kreisen ihrer Nation finden, die der heutigen Rechtsregierung nicht gerade fern stehen. D. Red.) Das Testament Peters des Großen zielt darauf, Konstantinopel in Besitz zu nehmen, dieses Fenster zum westlichen Europa. Und heute wollen Polen in diesem Fenster dieses Testaments durchführen. Es haben ihr eigenes Ziel die Deutschen, welchen man den Ehrenbogen zerstören, ihnen die Hände aber nicht abgeschlagen hat. (Frankreich ist schon dabei, das Märchen von den abgeschlagenen belgischen Kinderhänden an Deutschland politisch wahr zu machen. D. Red.) Es haben ihre Ziele auch England und Frankreich und andere Nationen. Der, welcher nicht weiß, wohin er gehen soll, wird niemals finden. Alles was sich heute tut, dessen Zeugen wir sind, ist abhängig von diesen Zielen, welche ein Land antreiben muß, wenn es leben will. Zum Zweck der Sicherung unseres Landes und zu unserer Sicherung haben wir Bündnisse mit Frankreich und Rumänien abgeschlossen, die uns dazu verfüllten, eine große Armee zu unterhalten. Vierzig Prozent unseres Budgets gilt der Armee.

Wir nähern uns den baltischen Staaten. (Nach unserer Auffassung war diese Annäherung unter den früheren Regierungen offenbarer. Und was ist aus Polens Freundschaft mit der Tschechoslowakei geworden? D. Red.) Russland ist groß geblieben. Das zerdrückte Deutschland wird mit der Zeit zu vollen Kräften kommen. Und wenn der eine oder der andere dieser Staaten eine bestimmte Stufe der Organisation erreichen wird, werden sie an die Revanche denken und uns das nehmen, was sie verloren haben. Deshalb müssen wir Sicherungen suchen. (Die Sicherung gegen ein revolutionäres Russland besteht nicht in der bisherigen polnischen Bündnispolitik, die uns selbst belasten kann. Rumänien wird wegen der Annexion Bessarabiens der erste Angriffspunkt für ein erstarktes Russland sein, und Frankreich muss natürlich wieder im Verfolg der napoleonischen Kolonialpolitik mit dem Moskauer Rivalen erneut zusammenstoßen. — Auch eine weitere Ausdehnung Polens nach Osten hin, die Witos — übrigens im Gegensatz zu seinem Roman Dom wóski — empfiehlt, dürfte mit Rücksicht auf die steigende russische Gerechtigkeit und den Erwerb fremdstämmigen Landes gerade keine Sicherungshypothese bedeuten. — Polen kann zwei Wege der Sicherung gehen, die allerdings gerade in den herrschenden Kreisen — wie im alten Polen — zum Schaden des Landes nicht immer erkannt werden: der erste Weg ist ein außenpolitischer und fordert die Freundschaft mit den Volks- und damit zukünftig reichsten Nachbarn, vor allem mit dem Deutschen Reich; der zweite Weg ist ein innenpolitischer und verlangt eine vorbildliche Lösung des Minderheitenproblems. D. Red.)

In Polen — so heißt es weiter in der Red. des Ministerpräsidenten — entwickelt sich nicht alles so, wie es sein sollte. Das wird noch lange Zeit so sein. Untersucht einmal die Intendanturen des Militärs und Ihr werdet mit Erstaunen feststellen, daß die Mehrzahl der Beamten den nationalen Minderheiten angehört. (Auch wir sind über diese Mitteilungen erstaunt, glauben aber, daß sich manches in Polen zu entwickeln würde, wie es sein sollte, wenn man nach dem Grundsatz der Gleichberechtigung den nationalen Minderheiten nicht nur in den Intendanturen Beamtenstellen anbilligte, auf die sie ein Anrecht haben und die man ihnen versprochen hat. D. Red.) Während der Dezembervorfälle drohte uns der Palastkrieg. Damals bedurfte es einer schnellen Entscheidung. (Hier durfte Herr Witos ein Irrtum unterlaufen sein. Das Ziel der Dezemberattacken waren doch Narutowicz und Bludzki? D. Red.) Die Politik ist eine schwere und harte Sache, sie ist aber not-

wendig, und der Politiker darf kein Bedauern an den Tag legen. Die von uns unterstützte Regierung kam durch und hat Ordnung geschaffen. Ich wäre nicht loyal, wenn ich ihre Unzulänglichkeiten kritisieren wollte, denn jede Regierung hat diese, und auch die gegenwärtige ist davon nicht frei.

Wenn große Sachen gebaut werden, darf man nicht auf Gleichheit bauen, nicht auf morgen vertrauen, sondern man muss auf der Wahrheit fußen. Das Schicksal unseres Landes dürfen wir nicht in die Hände unserer Gegner legen, auch nicht in die Hände unsicherer Menschen. (Gewiss nicht! D. Red.) Es wurde eine Regierung geschaffen, die die Mehrheit hinter sich hat, aber auch starke Gegner gegen sich und die großen Arbeiten zu verrichten hat. (Anm.: Das Kabinett Sikorski wurde mit Hilfe der nationalen Minderheiten gestützt. Die schwache „polnische“ Mehrheit des Kabinetts Witos kann ohne die wenigen Stimmen der „ukrainischen“ Chlubroben des Pfarrers Ilkow nicht auskommen.)

Unsere Wirtschaft war schlecht. Die Steuergesetzgebung ist noch nicht abgeschlossen. Man darf heute nicht die Hände nach dem Ausland ausstrecken. (Vor allem nicht nach Frankreich, das die gefährdeten polnischen Wirtschaft und den Stand unserer Mark durch seine Ruhrtaktion nicht gerade gebeffert hat! D. Red.) Man würde uns antworten: „Stellt Euch nicht als Bettler hin, zeigt, dass Ihr aus Euch selber etwas schaffen könnt und dann werden wir Euch weiter helfen.“ Ich glaube, dass wir vom Herbst an der Regierung entgegen gehen werden. (Die Regierungspresse hatte den Beginn der Verbesserung bereits in den fehllich erwarteten Kabinettswchsel und den jetzt entschwindenden Sommer verlegt. D. Red.) Man muss abwarten und nicht Ungeduld an den Tag legen. Wer wartet, der schafft im Interesse Polens, wer es nicht tut, der arbeitet an der Vernichtung Polens. Der ist kein Pole. Solches tut nur eine fremde Hand. (Möchte doch unsere Regierung erkennen, dass es in Polen viele Hände gibt, die keine „polnischen“ und wiederum auch keine „fremden“ Hände sind. D. Red.)

Bizminister Straßburger über Riga.

Bizminister Straßburger erteilte nach seiner Rückkehr aus Riga einem Vertreter der Ostagentur (A. W.) folgende Informationen:

Im Juli 1921 fand in Helsingfors die erste Zusammenkunft der Außenminister Polens und der Baltischen Staaten statt, auf der u. a. beschlossen wurde, in Erkenntnis der Nächtheit solcher Begegnungen die Zusammenkünfte alle paar Monate abzuhalten. In Ausführung dieses Beschlusses fanden die Zusammenkünfte statt: in Warschau im März 1922, in Reval im Oktober 1922 und in den Tagen vom 9.–11. d. M. die vierte in Riga. Mit Rücksicht auf seine Politik gegenüber Polen hat Litauen an keiner dieser Zusammenkünfte teilgenommen. Die Hauptziele der leichten Zusammenkünfte waren dieselben, wie die der vorhergehenden. In erster Linie handelte es sich um die gegenseitige Annäherung der Staaten, die daran teilnahmen, auf der Grundlage der ihnen eigentümlichen friedlichen Tendenzen und des Bestrebens, das wirtschaftliche Leben wieder aufzubauen. In Verbindung damit wurden im Einklang mit dem von dem einladenden lettischen Staat entworfenen Programm eine Reihe von Aufgaben, die Verhältnisse zwischen den an der Begegnung teilnehmenden Staaten sowie ihre Stellungnahme zu einigen laufenden Fragen der europäischen Politik besprochen. Gegenstand der Beratung waren: 1. die Resultate der bisherigen Konferenzen Polens und der baltischen Staaten, 2. die Übereinstimmung des Vorhabens dieser Staaten hinsichtlich des Völkerbundes in den Fragen, die sich auf der Tagesordnung der bevorstehenden Hauptversammlung des Völkerbundes befinden, und zwar: a) die Abrüstung zu Wasser und zu Lande, b) die angemeldeten Änderungsanträge zum Art. 10 der Verfassung des Völkerbundes, c) die gemeinschaftliche Taktik auf der Hauptversammlung des Bundes, 3. wirtschaftlich-rechtliche Aufgaben wie die Handelsverträge zwischen den Staaten, die an der Zusammenkunft teilgenommen haben, die Verbesserung des Verkehrs, Abreden über Rechtsfragen usw. Die grundsätzliche Einigung stand ihren Ausdruck in dem Entwurf und der Unterzeichnung eines Protokolls, das eine Reihe von Anträgen und Schlussforderungen umfasst. Ebenso wie bei den früheren Zusammenkünften sollen diese Anträge und Schlussforderungen sofort nach ihrer Prüfung durch die entsprechenden Regierungen zwischen Finnland, Estland und Polen ausgetauscht werden.

Bizminister Straßburger teilte dann mit, dass der Außenminister Seyda wegen wichtiger Geschäfte zu seinem Bedauern nicht an der Zusammenkunft in Riga habe teilnehmen können. Er habe den Minister vertreten. Angefangen des gegenseitigen Vertrauens, in dem sich die Verhandlungen abgespielt haben, darf man die Hoffnung haben, dass eine weitere Annäherung Polens und der baltischen Staaten erreicht worden ist.

Der Kampf um die Minderheitsschule in Oberschlesien.

„Und Calonder absolut, wenn er unseren Willen tut.“

Die Entscheidung des Präsidenten der Gemischten Kommission, Calonder, zugunsten der Minderheitsschule hat nicht den Beifall der polnischen Presse gefunden. Am deutlichsten lässt dies das Enfant terrible der polnischen Presse, die in deutscher Sprache erscheinende, polnische „Grenzzeitung“ merken, die in ihrer Vergrößerung heute schreibt: „Nach den Meldungen deutscher Blätter soll der Präsident der Gemischten Kommission in Oberschlesien, Bundesrat Calonder, seine erste Entscheidung in einer deutsch-polnischen Streitsache zu Ungunsten Polens gefällt haben. Es handelt sich um die Minderheitsschulverhältnisse in Rybnik. Es wird behauptet, dass die Entscheidung des Präsidenten sich zugunsten des deutschen Schulvereins ausspricht, welcher sich über die Schließung der höheren Lehranstalt in Rybnik beschwert hat. Es geht nicht an, zu dieser „Entscheidung“ Stellung zu nehmen, weil die polnische Telegraphenagentur über eine solche noch nichts hat verlauten lassen. (Die „eigene“ Meinung der „Grenzta.“ wird anscheinend von der PAT. fabriziert.) Ein Urteil darüber, ob die Entscheidung des Herrn Präsidenten als objektiv und sachlich anzusehen ist, wird man sich erst nach Eingang der amtlichen Darstellung bilden können. Sollte die Entscheidung wirklich zu Ungunsten Polens ausgefallen sein, so wird man sich nicht dem Eindruck entziehen können, dass sich der Herr Präsident zu eifrig der weniger dringlichen deutschen Interessen annimmt, während jenseits der Grenze für die polnischen Interessen noch unendlich viel zu tun übrig bleibt.“

Entscheidet also Herr Calonder zu Ungunsten der deutschen Minderheit, so ist das auf alle Fälle wette und gerecht. Fällt seine Entscheidung jedoch anders aus, dann wird er deutschfreundlich, also nicht objektiv genannt. Das läuft wie der „Katowitzer Volkswill“ bemerkte – auf eine Pariserierung eines bekannten Preußen-Bütes hinaus: „Und Calonder absolut, wenn er unseren Willen tut!“

Dass aber andere Organe die Bemühungen Calonders auch um das Wohlergehen der polnischen Minderheit in Deutsch-Oberschlesien anerkennen, zeigt der folgende Artikel im „Gornosłazak“ vom 12. Juli:

Der 11. Juli 1923 wird ein bedeutungsvoller Tag für die Minderheitsschule in Deutsch-Oberschlesien sein. An diesem Tage hat nämlich der Präsident der Gemischten Kommission, Herr Calonder, die Minderheitsschulen besucht. In seiner Begleitung waren der Vertreter der deutschen preußischen Staatsregierung Dr. Budding, der Dirigent der Oppelner Schulregierung Oberregierungsrat Dr. Maskus und Schulrat Azezniuk. – Von Seiten der Polen Napieralski und Sekretär des polnischen Verbandes Szepaniak.

Man besuchte die Schulen in Bogutschütz (Kreis Oppeln), Rosznica (Kreis Groß-Strehlow) und in Pszczelibia (Kreis Tost-Gleiwitz). Die erste Schule besuchten 28 Kinder, die zweite Schule 80 Kinder, die dritte Schule 52 Kinder. In Bogutschütz wird außer in der polnischen Schule auch in der deutschen Schule polnischer Sprachunterricht und Religion erzielt. ähnlich ist es in Pszczelibia. Die Prüfungen in allen drei Schulen waren nach dem Urteil des Präsidenten Calonder sehr befriedigend. Die Kinder lasen, schrieben, rechneten, erzählten und sangen in polnischer Sprache gut und schön, was zweifellos ein Verdienst der Lehrerchaft ist. Wir unterstreichen dies vor allem auch im Hinblick auf die Reinheit der Sprache.

Bei der Besprechung der Schulverhältnisse in den einzelnen Systemen hatten die Schulvorstände das Recht, ihre Wünsche zu äußern. Die Gemeindevertreter und die Eltern der Kinder gaben offen ihre Wünsche kund. Aus diesen Ausprägungen ging klar hervor, dass die Angelegenheit der Minderheitsschule deshalb so schwer vorauswärts kommt, weil infolge der letzten Ereignisse in Oberschlesien das Volk verheftet worden ist. Hierzu kommt noch, mag die deutsche Minderheit in der Wojewodschaft mit Recht oder Irrtum darüber klagen, dass von polnischen Persönlichkeiten und seitens der Wojewodschaftspresse Drohungen gegen die dortige deutsche Minderheit ausgesprochen werden, verbunden mit Drohungen, Oberschlesien bis zur Oder zu beseitigen. Dies alles wirkt schwer auf unsere deutsche Bevölkerung, was zur Folge hat, dass sich der Gross und die Übung auf die polnische Bevölkerung richten. Unter diesen Verhältnissen leidet auch die Schule. In den Unterhandlungen wurden die Wünsche der polnischen Vertreter wie folgt zusammengefasst:

„Wir bitten, dass man uns nicht dafür verantwortlich macht, was man in der polnischen Wojewodschaft spricht und schreibt.“

Wir haben auf das dortige Volk und auf die dortigen Zeitungen keinen Einfluss. Alle unsere Bestrebungen leiten wir auf der Grundlage des deutschen Gesetzes ein. Wir erfüllen unsere Pflichten loyal und meinen, dass wir gleiche Rechte mit den Deutschen haben, vor allem diejenigen Rechte, welche im Genfer Vertrage garantiert sind. In die Schule wollen wir keine Politik hineinragen, aber nach unseren Kräften dafür sorgen, dass sie eine Bildungsstätte der Jugend zu Gottesfürcht und Ordnung werde, das wollen wir tun. Den Schlüssel hierzu erachten wir in dem Gebrauch der Muttersprache für die Minderheit. Wir verstehen sehr wohl, dass Schwierigkeiten zu überwinden sind, um der Minderheit voll gerecht zu werden, aber es geht uns darum, dass die Behörde dazu den guten Willen hat, alles zu tun, was in ihren Kräften steht.“

Nach den Feststellungen der polnischen Vertreter – so berichtet der polnische „Gornosłazak“ weiter – erklärte der Leiter der Schulabteilung zu Oppeln, dass die Regierung bereit ist, alles zu tun, was die Genfer Konvention der polnischen Minderheit garantiert, und dies vor allem auf dem Gebiet der Schule. Auch wir streben danach, dass die Schule nicht eine Festung politischer Agitation sei, sondern dass sie den Namen Schule in Wirklichkeit verdiente. Die Erklärung der polnischen Vertreter schafft eine neue Situation dahingehend, dass die Wünsche der Polen bei der Regierung nicht nur allein den auten Willen, sondern auch die willige Hilfe in Schulangelegenheiten finden werden.

Von dem Verlauf der Dinge zeigte sich der Präsident Calonder sehr befriedigt. Er nahm regen Anteil vor allem an den Unterredungen mit den Eltern und den Vertretern der Regierung und der Polen. Sein Wort half Meinungsverschiedenheiten glätten; den Eltern versicherte er, dass sie das Recht auf die Minderheitsschule haben. Er unterstrich die Notwendigkeit des „Verbandes der Polen“ wie die Notwendigkeit des Bestandes des „Deutschen Volksbundes“. (Bei uns zu Lande aber wird der Deutschen Volksbund als hochverräterische Einrichtung gebrandmarkt. D. Red.) Der Herr Präsident Calonder brachte seine Freude über den günstigen Verlauf der Schulbesprechungen zum Ausdruck und er hofft, dass der neue Geist den Frieden und den Frieden bringen wird. Die Schule kann hierbei viel leisten. Von deutscher, wie von polnischer Seite wurde dem Präsidenten herzlich gedankt.“

Die Londoner Kabinettssitzung.

London, 10. Juli. (Eigene Meldung.) Die Reuters-Agentur veröffentlichte nachstehende Note:

Die einzige über den heute früh zusammengetretenen Kabinettssrat ergangene Mitteilung besagt, dass keine Entschließungen getroffen wurden. Die Sitzung dauerte 2½ Stunden, und man glaubt, zu wissen, dass drei Schriftstücke besprochen wurden: der Antwortentwurf an Deutschland, das Begleitschreiben an die Verbündeten und an Amerika, sowie ein allgemeines erneutes Beleitschreiben. Diese drei Punkte wurden vor allem von Lord Curzon ausgearbeitet. Der Minister des Außen hat sich heute nachmittag von neuem in die Downingstreet begeben, wo er eine lange Unterredung mit Baldwin hatte. Es ist nicht bekannt, ob eine neue Kabinettssitzung anberaumt werden wird, oder ob Baldwin und Lord Curzon einen Kabinettausschuss bilden werden, um an der englischen Note die letzten Änderungen anzubringen. Der französische Gefandte St. Naulain begab sich ebenfalls zu Lord Curzon, um mit ihm über die englische Antwort Rücksprache zu halten. Da der Außenminister beschäftigt war, wurde der Gefandte von Lord Curzon empfangen. Es wäre nicht überraschend, wenn sich die Beendigung der englischen Note bis Beginn der nächsten Woche verzögern würde.

Die Verkehrsperre im Ruhrgebiet.

Einspruchsnote der deutschen Regierung.

In einer Note der deutschen Regierung an Frankreich und Belgien, in der gegen die Verlängerung der Verkehrsperre Einspruch erhoben wird, werden nochmals die verhängnisvollen Folgen für die Wirtschafts- und Ernährungslage des besetzten Gebietes hervorgehoben, und dabei betont, dass diese Folgen durch die unerwartet kommende Verlängerung der Sperrre noch ganz erheblich verschlimmert seien. Die französischen Behörden hatten offenbar absichtlich die Bevölkerung des besetzten Gebietes in die falsche Hoffnung gewiegt, dass die Verkehrsperre am 14. Juli aufhören werde. Drei Tage vorher waren französische Flieger über dem besetzten Gebiet erschienen und hatten massenhaft Flugblätter abgeworfen, auf denen zu lesen stand: „Nur noch drei Tage.“ Am nächsten Tage hieß es auf den Flugblättern „Nur noch zwei Tage“ und am 14. „Nur noch einen Tag.“

Um so unerwarteter war dann die Verlängerung der Verkehrsperre um vierzehn Tage gekommen. Verschärfst wird die Lage noch wesentlich dadurch, dass sich in Erwartung der Aufhebung der Sperrre zahlreiche Reisende aus dem unbefestigten Deutschland schon seit einiger Zeit an der Grenze eingefunden hatten, um sofort nach Aufhebung der Sperrre in das Stuhrgebiet einreisen zu können.

Die Franzosen verfolgen offenbar bei ihren Maßnahmen zwei Zwecke: Einmal wollen sie es den Separatisten ermöglichen, hinter dem Vorhang der Verkehrsperre ihre dunklen Pläne zur Ausführung zu bringen, was ja bisher allerdings nicht gelungen ist. Zweitens wollen sie durch die Schwierigkeiten, die durch die Verkehrsperre im wachsenden Maße entstehen, den Widerstand der Bevölkerung zermürben und sie zur Kapitulation geneigt machen.

Es kann versichert werden, dass dieser zweite Zweck unter keinen Umständen erreicht werden wird. Alle Berichte, die in Berlin aus dem besetzten Gebiet eingehen, stimmen darin überein, dass dort der passive Widerstand der Bevölkerung ungebrochen ist und auch durch die schärfsten Gewaltmaßnahmen und Schikanen in keiner Weise erschüttert werden kann.

Ein englisches Parlamentsmitglied verteidigt deutsche Gefangene.

Einer Meldung der Londoner „Daily Chronicle“ zufolge reiste der bekannte englische Jurist Hastings, ein Mitglied des Unterhauses, am Mittwoch nach Deutschland ab, um die Befreiung gefangener Deutscher vor französischen Kriegsgerichten zu übernehmen. Der Sonderberichterstatter desselben Blattes berichtet über furchtbare Zustände in den Gefangenissen am Rhein. Die Angaben entstammen einem britischen Offizier, der erklärte, die Verhältnisse entsprächen der Strafkolonie auf der Teufelsinsel.

„Westminster Gazette“ schreibt: Die Lage im Ruhrgebiet wird immer ernster. Die Franzosen beabsichtigen offenbar, durch das Anziehen der Schraube die Kapitulation vor der Antworteteilung an Deutschland herbeizuführen.

Warnung vor einem deutschen Bürgerkrieg!

Erklärung der Berliner Regierung gegen Putschabsichten von rechts und links.

Amtlich wird von WTB aus Berlin gemeldet:

In der letzten Zeit sind in der Presse verschiedene Artikel erschienen, die mit einer gemischt kalblütigen Artlichkeit eines Bürgerkrieges erörtern. Nach Auffassung der Reichsregierung haben solche Presseäußerungen in den Tatsachen keine Grundlage. Denn die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes lehnt es offenkundig ab, sich von irgendeiner Seite in die verzweifelte Tochter blutiger innerpolitischer Kämpfe hineinzuhängen zu lassen; sie weiß, dass die Schwierigkeiten, mit denen unser Volk unter äusserem Druck zu kämpfen hat, es jetzt weniger als je gestatten, Kräfte in inneren Auseinandersetzungen zu versetzen. Die breitesten Kreise der Öffentlichkeit ohne Unterschied der politischen Parteistellung sind darüber klar, dass wer die jetzige Not des Vaterlandes bennhen wollte, um eigenständige Parteizwecke durchzusetzen oder die gesetzliche Ordnung durch Mittel der Gewalt zu zerreißen, allein die Zwecke fremder Mächte fördern und ein Verräter am deutschen Volke sein würde. Sollte es dennoch von irgendwelcher Seite gegen den offenkundigen Willen der Volksmehrheit zu einem Versuch gewaltfamer Auseinandersetzung kommen, so würde die Reichsregierung alle Machtmittel rücksichtslos einzusetzen, um einen solchen Anschlag gegen Bestand und Verfassung des Reiches niederzuwerfen. Die notwendigen Machtmittel stehen der Reichsregierung zur Verfügung, wobei in der Beurteilung dieser Dinge zwischen ihr und der preußischen Regierung volles Einverständnis besteht, wie gegenüber einem durch die Presse gehenden Schreiben des Reichstagsabgeordneten Bulle (d. i. ein Führer der rechtsradikalen großdeutschen Freiheitspartei. D. Red.) an den Reichskanzler hervorgehoben werden mag. Insbesondere wird von der Reichsregierung auf das nachdrücklichste zurückgewiesen, wenn in diesem Schreiben gegen einen preußischen Minister der Anwurf gerichtet wird, mit seinem Wissen werde der Bürgerkrieg organisiert. Dass die Reichsregierung auch bemüht ist, mit den Landesregierungen von Sachsen und Thüringen im Interesse der ruhigen Entwicklung unserer inneren Verhältnisse ein Einvernehmen zu pflegen, ist bekannt. Sie wird es auch in dieser Beziehung nicht an pflichtmässiger ernster Aufmerksamkeit fehlen lassen. (Dieser Satz richtet sich gegen linksradikale Diktaturgelüste in dem sozialistisch regierten Mitteldeutschland. D. Red.)

Verhaftungen im Ehrhardt-Prozess.

Der Fluchtweg.

Wie die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ erfahren, wird von den jetzt Mitangeklagten im Ehrhardt-Prozess auch der frühere Leutnant Student Viedig, der in München verhaftet wurde, nicht zur Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof erscheinen, da er nicht aufzufinden ist. Da Ehrhardt flüchtig und Professor Schlosser, wie gemeldet, französischer nicht transportfähig ist, bleibt nur die Prinzessin Margarete von Hohenlohe-Dehringen übrig, die vor einigen Tagen in München verhaftet worden ist. Die Untersuchungshaft der Prinzessin in Leipzig ist durch scharfe Maßnahmen gestrichen. Wie jeder andere Untersuchungsgefange war der Prinzessin vom Staatsgerichtshof gestattet worden, ihre eigenen Kleidung zu tragen und sich selbst zu beköstigen. Die Gefängnisdirektion soll aber anders verfügt haben. Die Prinzessin soll gezwungen sein, Sträflingskleidung zu tragen und sich auch nicht selbst beköstigen zu dürfen.

Die vier Beamten der Gefangenenaufsicht, die in Haft genommen wurden, sind folgende: Der Gefangengesetzliche, der in dem Verdacht stehen soll, eine Verbindungsfür ausgelassen zu haben, ein Obersekretär, dem die Aufnahme und die Entlastung sowie die Verpflegung der Untersuchungsgefangenen obliegt, ein weiterer Oberaufseher, der Ehrhardt nach dem Bade zur Untersuchung der Leipziger Kriminalpolizei nach einer Anzahl Berliner Kriminalbeamte nach Leipzig gefommen.

Die Feststellungen über den Weg, den Ehrhardt bei der Flucht eingeschlagen hat, haben ergeben, dass der Unterflughafen durch die Tür nach dem Königspalast ins Freie gelangt ist. Diese breite Tür, die zum Hauptausgang des Amtsgerichts führt, ist seit Jahren verschlossen, da der Eingang zum Amtsgericht nach dem Peterssteinweg verlängert worden ist. Kurze Zeit nach Ehrhardts Flucht wurde die Tür nach vorgezogenen Schlüsseln vielleicht schon in der Nacht zum Freitag aufgeschlossen worden. Die Tür war dann nur noch von innen verriegelt; Ehrhardt brauchte also nur den Riegel aufzuziehen, die Tür zu öffnen und wenige Schritte über die Straße zu gehen, um zu dem vor dem Hotel Deutsches Haus haltenden Auto zu gelangen und so

zu entkommen. Wie festzustellen ist, sind die Veröffentlichungen zur Ergreifung Ehrhardts, die der Oberreichsanwalt an den Leipziger Plakatsäulen hat anbringen lassen, vielfach beschädigt worden, besonders die Abbildungen des Flüchtigen sind unkenntlich gemacht worden. Die Polizei weist das Publikum darauf hin, daß die Beschädigungen des Steckbriefs eine Begünstigung der Flucht Ehrhardts darstellen, die strafrechtlich verfolgt werden wird.

Republik Polen.

Demission des Kriegsministers?

Nach den Meldungen einiger Warschauer Morgenblätter vom 18. Juli soll der Rücktritt des Kriegsministers General Szeptycki bevorstehen. Diese Nachricht soll glaubwürdige Unterlagen besitzen, da die Linke zu Szeptyki in heftiger Opposition steht wegen seiner Stellungnahme im engeren Kriegsrat und wegen der letzten Amtswchsel in den höchsten militärischen Stellungen. Witos, der nicht wünscht, daß das ganze Kabinett den Gegenstand heftiger Opposition bildet, beschloß, wie die Blätter behaupten, um sich zu retten, die Person des Kriegsministers zu opfern.

Der Finanzausschub

beendigte die zweite Lesung des Gesetzentwurfes über die vorläufige Regelung der Kommunalfinanzen. Nicht erledigt wurde allein der Art. 28, der von den Schankgebühren handelt. Hier hat das Finanzministerium einen neuen Verbesserungsantrag gestellt. Die dritte Lesung des Entwurfes findet am heutigen Freitag statt.

Befreiung zur Verhütung von Erntestreiks.

In Kraft getreten ist die Verfügung des Arbeitsministers über die Änderungen der Vorschriften für die Erledigung von Erntekonflikten zwischen Arbeitgebern und Landarbeitern. In der Verfügung heißt es, daß die interessierten Personen auf Verlangen Vergleichs- und Schiedsschriften, sowie Auszüge aus den Postulaten der Kommission erhalten können.

Warschau, 20. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Aus Sejmkreisen wurde mitgeteilt, daß sämtliche parlamentarischen Fraktionen Einladungen zum interparlamentarischen Kongress, der vom 15.-17. August in Kopenhagen abgehalten wird, erhalten haben.

Deutsches Reich.

Die Tenerierung in Deutschland.

Aus Berlin wird gemeldet: Die Reichsindeigner für die Lebenshaltungskosten stellte sich nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts für den 16. Juli auf 28 892 (1913/1914 = 1). Die Erhebung hat in dieser Woche erstmals am Montag stattgefunden. Die Steigerung gegen den Mittwoch der vorigen Woche (21 511) beträgt somit 34,8 Proz. Gegenüber dem Juni-Durchschnitt beträgt die Steigerung am 16. Juli 278 Proz.

Graf Brockdorff-Ranau in Berlin.

Der deutsche Botschafter in Moskau, Graf Brockdorff-Ranau, ist in Berlin eingetroffen, um mit den zuständigen Stellen der Reichsregierung Befreiungen zu halten, die sich auf die Ausdehnung des Napoleovertrages beziehen dürften. In letzter Zeit sind in den mit Russland geslogenen Besprechungen, die noch der Moskauer Zustimmung bedürfen, mehrere Fortschritte erzielt worden.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unsern Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 20. Juli.

Die neue staatliche Gewerbesteuer.

In Sachen der neuen staatlichen Gewerbesteuer erlässt das Großpolnische Finanzamt (Wielkopolska Jaza Starbowo) in Polen folgende Bekanntmachung: Auf Grund der Art. 52 bis 55 des Gesetzes vom 14. Mai 1928 in Sachen der staatlichen Gewerbesteuer (Dz. Ust. Nr. 58) werden die Steuerzahler aufgefordert, 1. betreffs jeder geförderten Handelsanlage, die in die Kategorie I und II der Handelsunternehmungen fällt, 2. betreffs jeder geförderten gewerblichen Anlage, die zu den fünf ersten Kategorien der gewerblichen Unternehmungen rechnet, 3. jeder gewerblichen Beschäftigung, die auf Grund des Tariffs (Art. 23) in die Kategorien I und II (a und b der gewerblichen Beschäftigung) fällt, 4. betreffs jeder selbständigen freiwilligen Berufsbeschäftigung in der Zeit vom 1. Juni bis 1. August 1928 nach aufgestelltem Muster über den im ersten Kalenderhalbjahre des laufenden Jahres erzielten Umsatz anzugeben erfassen. Die Anzeigen sind einzurichten in den zuständigen Steuerämtern, wo auch unentgeltlich Formulare dazu ausgeschänkt werden.

Alle Unternehmungen, die zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichtet sind, haben innerhalb der oben angegebenen Zeit die Umsatzanzeige für alle zu ihren gehörigen Anlagen zu erstatten, indem für jede Anlage gesondert, und zwar an diejenige Steuerkasse, in deren Bezirk sich der Sitz des Vorstandes der Gesellschaft resp. des Unternehmens befindet.

Wer die Umsatzanzeige innerhalb der oben angegebenen Zeit nicht erstattet oder wer unvollständige Angaben macht, unterliegt nach Art. 104 des Gesetzes einer Geldstrafe von 100 000 bis 2 Millionen Mark.

Alle Handelsunternehmungen der ersten beiden Kategorien und die gewerblichen Unternehmungen der ersten fünf Kategorien, ob sie nun zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichtet sind oder nicht, haben nach Art. 56 und 122 des Gesetzes vom Juli d. J. ab die Umsatzsteuer zu berechnen und zu bezahlen, nach dem Satz, den sie monatlich erreicht haben. Die erste monatlich errechnete Rate ist für den Monat Juli bis zum 15. August zu bezahlen. Bei den Monatszahlungen sind gleichzeitig diejenigen Bushälften, die auf die Selbstverwaltung entfallen (Art. 119 des Gesetzes) zu bezahlen, und zwar von 0,5 Prozent vom Umsatz. Im Falle die Steuer innerhalb der oben angegebenen Zeit nicht bezahlt wird, wird sie zwangsläufig eingezogen mit Bushlag von 10 Prozent Strafe.

Zur Befreiung von der Kapitalertragsteuer schreibt der "Verband deutscher Genossenschaften" in Polen: "Nach dem Kapitalertragsteuergesetz vom 16. Juni 1920 sind Kreditinstitute des Kleinredits von der Zahlung der Kapitalertragsteuer befreit. Nach der Verordnung vom 4. Juni 1923 (Dz. Ust. Nr. 59) werden mit Wirkung vom 1. Januar 1923 an als Institute des Kleinredits Genossenschaften und Vereinigungen, die im Art. 117 des Genossenschaftsgesetzes vom 29. Oktober 1920 genannt sind, angesehen, deren grundlegende Aufgabe es nach den Satzungen ist, Geldinlagen anzunehmen und Darlehen zu erteilen, wenn die Höhe des durch sie einer einzelnen Person erteilten Kredits nicht den Wert von 800 Złotys in polnischer Mark übersteigt. Als Preis des Złoty gilt der durch den Finanz-

minister festgestellte Wert. Da ein Złoty zurzeit 17 000 M. gleichkommt, so ist die oberste Grenze 18 500 000 Mark. Damit werden die meisten unserer Genossenschaften vom 1. Januar 1923 an von der Kapitalertragsteuer frei."

8 Beschädigte Postpäckebinden können die Empfänger sofort beim Empfang noch einmal wagen lassen, um das Gewicht des Paketes mit dem auf der Karte verzeichneten zu vergleichen. Stimmt das Gewicht nicht, so kann der Empfänger das Paket im Büro der Post öffnen und evtl. ein Protokoll verfassen lassen, daß gegen eine Stempelgebühr von 7000 Mark angesetzt wird.

8 Wagengestellung im Kriegssalle. Nach einer Verordnung im "Dziennik Ustaw" 1923, Nr. 66, haben die Besitzer von Wagen, die auf Grund des Gesetzes über die Pflicht der Wagengestellung im Kriegssalle (Dz. Ust. 1922, Nr. 26 und Nr. 36) von der Wagengestellung befreit werden wollen, einen Befreiungsantrag an das Starostwo in der Zeit vom 1. Juli bis 11. August 1923 zu richten. Von der Gestaltungspflicht können unter anderem nach § 9, Bisher 5 der Ausführungsverordnung vom 11. 5. 22 (Dz. Ust. Nr. 36) Wagen befreit werden, die zum Unterhalt des Eigentümers oder seiner Familie oder zur Bestellung landwirtschaftlichen Betriebes, namentlich des Kleinbetriebes erforderlich sind.

8 Ankauf von Waren auf dem Wochenmarkt durch Händler. Die städtische Polizeiverwaltung bringt die Polizeiverordnung vom 20. Februar d. J. in Erinnerung, wonach der Aufkauf von Waren des täglichen Bedarfs auf den Märkten durch Händler zwecks Wiederverkaufs in der Zeit vom 1. Mai bis Ende September nur nach 11 Uhr vormittags gestattet ist. In den anderen Monaten wiederum erst nach 12 Uhr mittags. Übertretungen dieser Verordnung werden im Verwaltungsgericht mit Gefängnisstrafen bis zu drei Monaten und Geldstrafen bis einer Million Mark oder mit einer dieser Strafen belegt werden. Die Beamten der Staatspolizei sind verpflichtet, rücksichtslos Übertretungen zur Bestrafung zu notieren.

8 Im Buge bestohlen wurde am 8. Juli (wie erst jetzt der Kriminalpolizei angemeldet wurde) ein Reisender auf der Fahrt von Bromberg nach Thorn. Von einem Taschendiebe wurde ihm die goldene Uhr (Wert fünf Millionen) entwendet.

8 Festgenommen wurden gestern drei Betrunkenen sowie je eine Person wegen Diebstahl und Betrug.

8 Diebstahl. In einer Wohnung in der Bahnhofstraße (Dworcowal) wurden der Hausfrau zwei goldene Ohrringe und Wäsche (Gesamtwert 800 000 Mark) entwendet. Der Tat verdächtig ist das eigene Dienstmädchen der Wohnungsinhaberin.

Vereine, Veranstaltungen etc.

Gastspiel der Posener Oper. Samstag, d. 21. Juli 1. Kl. beginnt das Gastspiel der Posener Oper. Zur Aufführung gelanzt an diesem ersten Tage das berühmte Werk von Dr. Zelenáki u. d. L. Konrad v. Wallerod", Oper in 4 Akten (6 Aufzügen). In der Aufführung dieses Meisterwerkes treten auf die rühmlich bekannten Solisten wie Fr. Lillian Bamorska (Aldona), Sr. Bedemicz (Konrad), Sr. Urbaniowicz (Halban), Sr. Karpacki (Großkomtur) u. v. a. Nebenbei großer Chor, Corps de ballet und Orchester in voller symph. Besetzung. Leiter: Sr. Owerkawellmeister Sigm. Bojciechowski. Regie: Sr. Görski. Kostüme und ganze Bühnenausstattung vom Posener Großen Theater. Repertoire umfaßt folgende Werke außer dem "Konrad Wallerod": "Łakmé", Oper von Delibes, "Carmen", Opern. Bizet, "Die Fledermaus", Oper v. Eugen d'Albert, "Die Fidit", Oper von Halevy, "Lohengrin" von R. Wagner, "Hoffmanns Erzählungen" von Offenbach, "Die verkaufte Braut" von Smetana, und "Schöne Helena", Kom. Oper von F. Offenbach. Daraus ersieht man, daß dieses Repertoire die besten Meisterwerke umfaßt, darunter zwei Werke deutscher Meister (Wagner und Eugen d'Albert); außer den oben genannten Solisten lassen sich in weiteren Aufführungen hören: Sr. Wolinski (weltherrlicher Tenor), Herr Prawdzic aus Lemberg, Sr. Bartnicki (Bass), Fr. Jakubowska (dram. Sopran).

* * *

* Nowy Dwór, 19. Juli. Unsere Frauenhilfe veranstalte fürzlich einen "Großmutterkaffee", zu dem die Alten unserer Stadt eingeladen waren. In der festlich geschmückten Turnhalle waren lange Tische gedeckt und nach der Begrüßung nahm man Platz, um sich an Kaffee und herrlichem Kuchen zu laben. Zwischendurch erfreuten uns musikalische Darbietungen und eine herzliche Begrüßungsrede. Dann ging's in den schönen Garten neben der Turnhalle. Dort bot Frau Direktorin Müller eine Überraschung: In den laufenden Ecken stand auf jedem Tisch eine große Schale mit dunkelroten Kirschen, die vorzüglich mundeten. Gegen abend vereinigte dann alle noch eine kurze Andacht in der Turnhalle.

r. Kirche (Sierakow), 16. Juli. Der Besitzer Schilling aus Grünthal, der heute früh hierher zum Wochenmarkt gekommen war, fiel auf dem Marktplatz plötzlich zu Boden und verstarb. Der zugezogene Arzt konnte nur noch den durch Herzschlag erfolgten Tod feststellen. Sein in Amerika wohnender Bruder ist vor kurzer Zeit auch an Herzschlag gestorben.

Aus Kongresspolen und Galizien.

* Krakau (Kraków), 18. Juli. Die Krakauer Polizei hat, wie der "Przegl. Wiecz.", erfährt, in einer der letzten Nächte eine besonders große Mazia auf dem Krakauer Bahnhof veranstaltet, um die mit den Bürgen ankommenden oder abfahrenden Spekulanten zu fassen. Es gelang ihnen auch, nicht weniger als 30 verdächtige Personen festzunehmen, denen 2000 Dollar, 200 000 tschechische Kronen, 10 Millionen deutsche Mark, zwei Goldbarren im Gewicht von etwa vier Kilo und 80 Kilo in verschiedenen goldenen und silbernen Geräten abgenommen wurden. Außerdem fielen eine größere Anzahl Silbermünzen der Polizei in die Hände.

* * *

Aus der Freistadt Danzig.

* Danzig, 19. Juli. Dienstag nachmittag wurde auf dem Olivaer Bahnhof der Rangierarbeiter Johannes Mirau aus Langfuhr vom Neustädter Fernzug überfahren und getötet. — Ein großes Schadensfeuer, dem auch ein Mensch lebend zum Opfer fiel, wütete am Sonntag in Neu-Hörsterbusch im Danziger Vorort. Während dies über die Gegend niedergehenden Gewitters fuhr ein Blitzstrahl in das aus Wohnhaus, Stall und Scheune bestehende Gehöft des Besitzers Karl Zimmermann und äscherte es in kurzer Zeit ein. Der 26jährige Sohn Richard, der kurz vor seiner Hochzeit stand, wollte noch einige Sachen aus dem brennenden Gebäude retten, lehrte aber nicht mehr ins Freie zurück. Seine verbrannte Leiche wurde später unter den Trümmern gefunden. Die umherliegenden Funken setzten das benachbarte Anwesen des Besitzers Tiefen, das ebenfalls ein Raub der Flammen wurde. Ferner wurde in Lupushorst eine Scheune des Besitzers G. Zimmermann eingeebnet. Dem Besitzer Schopenhauer in Niedau verbrannten durch Blitzschlag Scheune und Stall mit sämtlichen Schweinen. Dem Gemeindewortheiter Peters in Krebsfelde brannten Wohnhaus, Stall und Scheune mit einem Drehsaß und Heuvorräten nieder.

Handels-Rundschau.

Geldmarkt.

Die polnische Mark am 19. Juli. Für 100 Polenmark wurden gezahlt: in Danzig 232,41—233,59, Auszahlung Warschau und Breslau 220—224; in Breslau Auszahlung Warschau 0,0045; in Wien 48—54, Auszahlung Warschau 51—53; in Prag Auszahlung Warschau 0,0025—0,0029; in New York 0,0007%; in London, Auszahlung Warschau 0,00065.

Warschauer Börse vom 19. Juli. Scheine und Umläufe: Belgien 6170, Danzig 0,45, Berlin 0,45, London 587 000, New York 120 000, Paris 7500, Prag 2840, Wien 100 Kr. 175, Schweiz 22 400, Italien 5500. — Devisen (Barzahlung und Umfrage): Dollar der Vereinigten Staaten 127 000, deutsche Mark 0,44.

Amtliche Devisennotierungen der Danziger Börse vom 19. Juli. 1 holl. Gulden 124,587,50, Gold 125,312,50, Br. 1 Pfund Sterling 1416,450 00 Gd., 1423,550 00 Br. 1 Dfl. 298,252,50 Gd., 299,747,50 Brief, 100 poln. Mark 232,41 Gd., 233,59 Br. verkehrssreie Auszahlung Warschau 234,41 r Gd., 235,59 Br. verkehrssreie Auszahlung Polen — Gd. — Br. 1 fr. Frank 17,755,50 Gd., 17,844,50 Br.

Schlußkurse Danzig vom 19. Juli. Dollar 299 000, Polennoten 233, Auszahlung Warschau 235, Auszahlung Polen 235. Abendreiseverkehr: Dollar 306 000, Polennoten 224,25; Neuyorker Parität 320 000.

Berliner Devisenkurse.

Für drähtliche Auszahlungen in Mark	19. Juli		17. Juli		Münzparität
	Geld	Brief	Geld	Brief	
Holland 1 Gulden	85386,00	85814,00	85326,00	85814,00	1,687 M
Europ.-Afr. 1 P. Bef.	74812,50	75187,50	74812,50	75187,50	1,78
Belgien 1 Frs.	10573,50	10626,50	10573,50	10626,50	0,81
Norwegen 1 Krone	35511,00	35689,00	35611,00	35689,00	1,125
Dänemark 1 Krone	38304,00	38496,00	38304,00	38496,00	1,125
Schweden 1 Krone	57855,00	68145,00	57855,00	58145,00	1,125
Finnland 1 fin. M.	5945,00	6015,00	5985,00	6015,00	0,81
Italien 1 Lire	9336,50	9383,50	8336,50	8383,50	0,81
England 1 Pf. Str.	997500,00	1002500,00	997500,00	1002500,00	20,43
Amerika 1 Dollar	217455,00	218545,00	217455,00	218645,00	4,20
Frankreich 1 Frs.	12768,00	12832,00	12768,00	12832,00	0,81
Schweiz 1 Frs.	37905,00	38095,00	37905,00	38095,00	0,81
Spanien 1 Peset.	31122,00	31278,00	31122,00	31278,00	0,81
Tolto 1 Lira	—	—	105735,00	106265,00	2,09
Rio de Janeiro 1 Milreis	—	—	23142,00		

Bromberg, Sonnabend den 21. Juli 1923.

Pommerellen.

20. Juli.

Graudenz (Grudziadz).

* Marktverordnung. Nach einer Bekanntmachung des Stadtpresidenten ist der Verkauf sämtlicher Manufaktur-, Konfektions-, Galanterie-, Spiel-, Schuh- und aller sonstigen nicht zu den Ernährungsartikeln gehörenden Waren vom 20. Juli 1923 ab an den Wochenmarkttagen nur auf dem Markt in der ulica Kalinkowa (Kalinkerstraße) gestattet.

Thorn (Toruń).

+ Von der Weichsel bei Thorn. Der Wasserstand war Donnerstag früh auf 0,68 Meter über Null zurückgegangen. Donnerstag früh trafen ein: aus Silno (Sillino) kommend, ein Kahn mit Klobenholz und aus Solec (Schulitz) kommend, ein Dampfer mit vier der Strombaumanagement in Włocławek gehörenden Rähnen, die mit Knüppelholz beladen waren und vermutlich zum Bühnenbau benötigt werden. Außerdem trafen aus dem Überlauf zwei Droschen ein.

+ Die neue Coppersnick-Briefmarke zu 1000 Mark ist nun endlich auch in Thorn, der Geburtsstadt des großen Astronoms, am Schalter zu haben. Sie wird jedoch nur einzeln abgegeben.

+ Leerstehende Geschäftsläden. Seit einiger Zeit stehen in der Hauptgeschäftsstraße Thorns, der ul. Szeroka (Breitestraße), und zwar gerade in deren belebtestem Teil zwischen dem Staromiejski Rynek (Altstadt. Markt) und der ul. Szczętna (Schillerstraße) nicht weniger als sieben Geschäfte leer. Seit Olimps Seiten ist dieses nie der Fall gewesen.

+ Der Männergesangverein „Liederfreunde“ hielt am vergangenen Montag im „Deutschen Heim“ seine diesjährige stark besuchte Generalversammlung ab. Nach Erledigung der üblichen geschäftlichen Punkte (Jahresbericht, Kassenbericht und Entlastung des Vorstandes) erfolgte einstimmige Wiederwahl des bewährten alten Vorstandes, der sich zusammen mit den Herren Rosenau als 1. Vorsitzender, Koticki als 2. Vorsitzender, Albert Schulz als Schriftführer, Thober als Kassenwart, Adolf Schulz und Burdinski als Notarwarte. Der Beitrag wurde für ausübende Mitglieder auf 5000 M. für unterstützende Mitglieder auf 10 000 M. pro Wierteljahr festgesetzt. Freudig begrüßt wurde die Ankündigung, daß fortan jeden Freitag abend im Garten des „Deutschen Heims“ ein gemütliches Beisammensein der Mitglieder nebst ihren Damen stattfinden soll.

* Landkreis Thorn, 18. Juli. Die Allgemeine Landfrankenkasse des Kreises Thorn gab, um Irrenkästen vorzubringen, die ab 1. Juli d. J. erfolgte Umgruppierung sämtlicher Landarbeiter bekannt. In Klasse 11 z. B. kommen sämtliche Scharwerker unter 16 Jahren, in Klasse 19 freie Arbeiter, Saisonarbeiter und Dienerschaft über 21 Jahre, in Klasse 21 sämtliche Deputanten, Gutsarbeiter usw. Im Interesse jeder Gutsverwaltung muß es liegen, sich mit der neuen Umgruppierung schnellstens bekanntzumachen.

* Könitz (Chojnice), 19. Juli. Am heutigen Mönchsee haben viele Bürger Aderland mit allerlei Gemüse bestellt. Am letzten Dienstag haben Spisbüben bereits die Börnecke gehalten. Die Diebesbande bestand aus drei halbwüchsigen Burschen, die bei der Arbeit überrascht, mit schmutzigen Nebenkarten das Wette suchten. Auch von anderer Seite hört man sehr viel Klagen über Felddiebstahl laut werden.

* Mewe (Gniew), 16. Juli. In der Nacht zum letzten Freitag gegen 8 Uhr wurde der Polizeigendarm Chemielecki auf der Chauffee zwischen Mewe- Broddenermühle unweit des Privatforstes ermordet vorgefundene. Der Ermordete ist durch drei Schüsse mit einem Browning sowie mehrere Messerstiche im Gesicht getötet worden. Am Tatort fand man seinen Karabiner geladen und gesichert, in der Mitte durchbrochen vor, sowie zwei verschlagene Browningkolben. Man nimmt daher an, daß der Beamte einen Kampf entweder mit Holzstieben oder Schmugglern, die diese Strecke oft zu dem 10 Minuten weiter entfernten Bahnhof Broddenermühle benutzt haben müssen.

* Neustadt (Wejherowo), 19. Juli. Die neuen Gemeindesteuern für das Jahr 1923 sollen nach einem Beschuß der Stadtverordnetenversammlung in zwei Raten erhoben werden, die erste Hälfte innerhalb acht Tagen nach Zustellung des Steuerzettels, die andere Hälfte bis 1. Oktober. Zur vorstehenden Erhebung gelangt der vierfache Betrag der Gemeindesteuer des Jahres 1922. — Gas und elektrischer Strom werden ab Juli d. J. zukünftig einen gleitenden Preis haben, der für ein Kubikmeter Gas bzw. eine Kilowattstunde Strom $7\frac{1}{2}$ Kilo überschüssiger Kohle für Beleuchtung und $4\frac{1}{2}$ Kilo für Kraft entsprechen soll.

* Neustadt (Wejherowo), 19. Juli. Wie der „Glos Pomorski“ meldet, hat nach Gerüchten, die im Wejherowo Kreise umgehen, ein Landbesitzer B. längere Zeit gekohlenes Holz von einem Forstangestellten in den staatlichen Waldungen, die an die Besitzung des B. gingen, bezogen. Es handelte sich um Bauholz, das er nach entsprechender Bearbeitung wieder auf den Markt brachte. In den ersten Tagen dieses Monats entdeckten staatliche Behörden diese Manipulationen des Forstangestellten und

seines Abnehmers und übergaben die Sache der Staatsanwaltschaft. Ein Teil dieses Holzes ist gefunden und beschlagnahmt worden.

+ Schmarzbruch (Czarnebloto), Kr. Thorn, 19. Juli. Dem Besitzer Hugo Bittau hier wurden vor einigen Tagen aus seiner Wohnung eine Taschenuhr nebst Kette, ein Trauring mit eingraviertem H. S., 19., ferner Militärapiere und Radfahrräte gestohlen. Der Dieb muß durch irgendwelchen Umstand an der Mitnahme weiterer Sachen verhindert worden sein. Er ist unerkannt entkommen.

+ Stargard (Starogard), 19. Juli. Hier ist ein Fall von Fleckenpox vorgekommen, den der Kranke vermutlich aus Kongresspolen eingeschleppt hat, wo er sich zuletzt aufgehalten hat. Polizeiürtzlich wurden alle Sicherheitsmaßnahmen zur Isolierung des Kranken angeordnet.

Europa.

Nue Statistik — 30 souveräne (?) Staaten.

Nachdem die Grenzen der europäischen Staaten feststehen und die Volkszählung in fast allen Staaten durchgeführt erreicht, vermag man ein statistisches Bild des neuen Europa zu entwerfen. Europa zählt heute 42,5 Millionen Bewohner, gegen 46,5 Millionen vor dem Weltkriege, es zeigt sich also ein Rückgang von 25 Millionen. Im Nachgang seien die Staaten Europas nach der Höhe ihrer Bevölkerungssiffer geordnet mit Angabe des Flächeninhalts angeführt:

	Fläche (km²)	Bewohner
1. Russland (europ.)	4 131 600	92 135 000
2. Deutsches Reich (einschließlich des Saargebiets)	470 390	59 859 000
3. England	244 000	44 318 000
4. Frankreich	551 000	39 402 000
5. Italien	312 600	38 836 000
6. Polen	385 300	27 160 000
7. Spanien	506 700	21 303 000
8. Rumänien	294 200	16 232 000
9. Tschechoslowakei	140 500	13 602 000
10. Jugoslawien	249 000	12 017 000
11. Belgien	80 400	7 462 000
12. Niederlande	84 200	6 865 000
13. Deutsch-Ostpreußen	84 000	6 428 000
14. Portugal	91 900	6 399 000
15. Schweden	448 800	5 954 000
16. Bulgarien	103 200	4 861 000
17. Schweiz	41 300	3 889 000
18. Finnland	887 600	3 403 000
19. Dänemark	44 400	3 289 000
20. Irland (als Dominion mit dem brit. Weltreich verbunden)	69 400	3 216 000
21. Griechenland	128 700	3 152 000
22. Norwegen	328 800	2 650 000
23. Litauen	58 700	2 546 000
24. Lettland	65 800	1 864 000
25. Tschech. (europ.)	24 000	1 500 000
26. Estland	47 600	1 109 000
27. Albanien	30 800	890 000
28. Danzig (unter der Oberhoheit des Völkerbundes)	1900	357 000
29. Luxemburg	2600	264 000
30. Island (durch Personalunion mit Dänemark verbunden)	102 800	95 000

Hinzu kommen die Kleinstaaten: Rumänien mit 65 000, Monaco mit 28 000, San Marino mit 12 000, Liechtenstein mit 11 000 und Andorra mit 5000 Einwohnern. Gibraltar und Malta, zusammen mit 300 Quadratkilometern und 232 000 Einwohnern sind englische Kolonien; Rhodos ist italienisches Schutzgebiet.

Litauens Finanzen.

Der „D. A. Z.“ wird von ihrem Kownoer Verlegerstatter geschrieben:

Der litauische Sejm hat sich mit seiner bedeutendsten Aufgabe, mit der Regelung des Budgets für das laufende Jahr, zu befassen begonnen, da der erste Sejm aufgelöst werden mußte und das Budget nicht mehr verabschieden konnte. Finanzminister Petrusiuk legte dem Parlamente in einer längeren Rede die finanzpolitischen Aufgaben Litauens dar. Er fand mit seinem Programm fast einstimmigen Besluß. An runden Ziffern beträgt das litauische Budget 200 Millionen Litas (20 Millionen Dollar), wobei sich Ausgaben und Einnahmen decken. Die ordentlichen Einnahmen betragen ca. 165 Millionen Litas, der Rest von 35 Millionen fällt auf die außerordentlichen Einnahmen, wie z. B. Verkäufe aus den Staatsforsten, aus freistehenden Ländereien usw. Die Ausgaben belastet die Landesverteidigung am meisten mit einem Drittel des Budgets.

Litauens Staatschulden sind verhältnismäßig unbedeutend. Den größten Posten mit rund 5 Millionen Dollar, zu 5 Prozent verzinstlich, schuldet es den Vereinigten Staaten von Nordamerika, dazu kommen noch 1½ Millionen Dollar, die die litauischen Emigranten in Amerika für die Freiheitsanleihe gezeichnet haben, eine Summe, die bis 1924 bezahlt werden muss. An zweiter Stelle schuldet Litauen England 17 000 Pfund Sterling zu 6 Prozent. Diese Schuld ist kurzfristig und muss bis 1925 gelöst sein. Die litauische Staatschuld an Frankreich beläuft sich auf nur 700 000 Franken, aber diese Summe ist nicht endgültig, da neue Berechnungen über die Staatsverwaltung hinzukommen werden. Was endlich Deutschland anbelangt, so ist das Schuldenverhältnis durch gegenseitige Verrechnungen im kürzlich abgeschlossenen Handelsvertrag ausgeglichen worden. — Der Finanzminister betonte, daß Litauen zu den Staaten gezählt zu werden wünsche, die ihren äußeren und inneren Schuldenverpflichtungen pünktlich nachkommen.

Da im Laufe des letzten Jahres der Übergang Litauens von der schwankenden papierenen Markvaluta zur festen Goldwährung der Litas (1 Bit = $\frac{1}{10}$ Dollar) stattgefunden hat, so galt es natürlich, enorme finanzielle Schwierigkeiten zu überwinden. Besonders der Export mußte darunter leiden, da Litauen den gewohnten benachbarten deutschen Markt seiner hohen Währung wegen fast gänzlich verlor und neue Absatzgebiete suchen mußte, eine Aufgabe, die sich nicht in wenigen Monaten erfüllen lässt. Immerhin ist die Handelsbilanz keineswegs so passiv, wie man es hätte vermuten sollen. Für den Januar und Februar importierte Litauen für etwa 20 Millionen Litas und exportierte für 14½ Millionen, im Laufe der letzten Monate ist das Verhältnis beider geworden.

Eines der größten Hemmnisse für das Aufblühen des wirtschaftlichen Lebens bilden augenblicklich die sehr schwierigen Kreditverhältnisse. Ein Wechselkredit von 60—72 Prozent, selbst bei Sicherstellung des Wechsels durch Waren, ist gebräuchlich. So hohe Zinsen können aber nur für Spekulationszwecke unbedingt bezahlt werden. Solide Unternehmen müssen ihre Produktion einschränken. Was nun den Handel betrifft, so fällt es ihm schwer, sich von den Spekulationsmethoden, die während der wilden Schwankungen der Marktwährung in Litauen eskaliert haben, freizumachen und zu normalen Handelsgewohnheiten überzugehen.

Die litauische Emissionsbank hat etwa 50 Millionen mit Überschuss durch Gold und hochwertige Valuta, die in den Gewölbem der Bank lagern, gebildet. Die Emissionsbank wäre gesetzlich berechtigt, um ein Drittel mehr, als sie dafür Metalldeckung besitzt, Papiergebund auszugeben, aber hinsichtlich der sie umgebenden Valutakatastrophen in Deutschland und in Polen scheint ihr eine ganz besondere Vorsicht geboten zu sein. Dazu kommt, daß im Laufe selbst viel fremde Valuten, namentlich Dollars, vorhanden sind, die überall al pari kursieren. Seit dem Sturz der Marktwährung im Laufe wird dem Dollar aber noch immer eine Art von Kettensymbol gewehrt, der heute gar keine Bedeutung mehr hat, der aber schwer auszurollen ist. Man gibt eben lieber Litas als Dollar aus! Dieser Missstand wird natürlich mit der Zeit behoben werden.

Der Finanzminister Petrusiuk sprach sich in seiner Parlamenterrede gegen eine Änderung der vorsichtigen Emissionspolitik des Reichs aus. Die Geldschwierigkeiten finden seiner Meinung gemäß ihre Wurzeln nicht im Mangel an flüssigen Litas, sondern an den Kreditverhältnissen. Eine Anleihe in England stand in Verhandlung. Das litauische Budget durfte mit der erdrückenden Mehrheit von 70 gegen 8 Stimmen der Sozialdemokraten angenommen werden.

An unsere Postbezieher!

Wir bitten dringend

schon jetzt

die Deutsche Rundschau für August bei Ihrem Postamt oder Briefträger zu bestellen. Besonders Neubesteller sollten ihre Bestellung umgehend bei ihrem Postamt aufgeben, wenn sie vom 1. August an pünktliche Lieferung haben wollen.

Postbezugspreis monatlich 17 060 Mr. einschließlich Postgebühr.

Kleine Rundschau.

* Die selteste Briefmarke von Danzig. Die Sammelzeitung „Die Marke“ machte auf eine philatelistische Merkwürdigkeit aufmerksam: eine deutsche Reichsbriefmarke zu 5 Mark mit späterem Aufdruck „Danzig“. Die Umrahmung mit der Aufschrift „Deutsches Reich“ (oben) und „Ein Reich, ein Volk, ein Gott“ (unten) steht nämlich auf dem Kopf, es ist also ein sog. Fehldruck. Allen Wahrscheinlichkeit nach gibt es von dieser Marke nur einen Bogen zu 20 Stück, so daß sie als die selteste Marke von Danzig angesehen werden kann. Eigentlich ist es, daß man beim Aufdrucken des Landesnamens „Danzig“ auf das Mittelfeld die umgedrehte Umrahmung nicht bemerkte, nachdem von der Reichsmarke doch schon Stücke dieses Fehldrucks bekannt geworden waren. Übrigens erschien auch ein Teil der bekannten „Rhein-Ruhr-Hilfe“-Marken zu 20 Mark mit korrigierendem Aufdruck und erreichte dadurch bald einen sehr hohen Sammelwert.

* Die Räuberprinzessin von Moskau. Moskau steht wieder vor einem Sensationsprozeß. Es handelt sich um eine Frau, um Maria Besuglaja, einen weiblichen Räuberhauptmann erster Klasse, die eine Räuberbande von 350 Mann kommandierte. Dieser junge weibliche „Ataman“ wurde von seiner Bande schwärmerisch verehrt und gefürchtet. Während dreier Jahre war die Bande ein Schrecken Moskaus und Umgegend, wo während jener Zeit Überfälle, Raub, Mord und Verschleppung in höchster Blüte standen. Vor einigen Jahren wurde die Besuglaja schon einmal verhaftet und in das bekannte Moskauer „Butyrki“ (das Zentralgefängnis Moskaus) eingeliefert; dort verliebte sich ein Aufseher in die schöne Verbrecherin, gab ihr seine Kleider und ließ sie entfliehen. Endlich hat sie nun ihr Schicksal erreicht. Verschiedene Sowjetbeamte sollen in dem Sensationsprozeß ebenfalls eine Rolle spielen, da sie vielfach dem weiblichen Räuberhauptmann inoffiziell Schutz gewährt haben.

Trinkt
Porter Wielkopolski

1923

Ries

feinkörnig, mögl. steinfrei, ca. 1000 cbm, zu kaufen gel., Ausführl. Angeb., frei Wagon, Verladestation erbitten
Bracia Bichert
T. 3 v. n. Chelmza.
Tele. Nr. 14. 7147

Haus-Grundstück

mit 3 Wohnungen, Hof und Lagerhaus, ganz in der Nähe des Marktes einer Kreisstadt Pomorze gelegen, ist sofort zum Preise von 26 Millionen zu verkaufen. Ges. Anfragen erbitte unter 3. 7927 an die Gesellsch. d. Btg.

Drucksachen
aller Art liefert in geschmackl. Ausführung
A. Dittmann, G. m. b. H. Bromberg,
Wilhelmstraße 16.

1 Boggon
Riesern - Schnittmaterial

ca. 30 cbm in Stärke von 23, 30, u. 43 mm sofort zu verkaufen. Verladestation Sepolino Pomorze.
F. Pohlenz, Sepolino, Pomorze.

In der
Deutschen Rundschau
finden alle
Thorner Inserate
wirkungsvolle Verbreitung.
Anzeigen-Annahme, fachmännische Beratung, Kostenanschläge in der
Hauptvertriebsstelle:
Justus Wallis, Thorn.

Thorn.

Hund entlaufen

Bozer, getiegert, Brust und rechte Pforte weiß, auf den Namen Lump hörend. Gegen hohe Belohnung abzugeben.
Mleczarnia Centralna
Toruń. 7273

Geldmarkt

50-80 Mill. p.M.
bei hohen Zinsen sofort
gekauft. Offerten unt.
R. 7863 an die Ge-
schäftsstelle d. Zeitg.

Bon sofort 8 Millionen
zu leihen gel. Sicherh.
vorb. Zins. n. Vereinb.
Off. u. B. 7978 a.d.G.d.3.

Kaufen eine noch vor
dem Kriege a.
ein in Bydgoszcz be-
findl. Grundst. eingeg.
Hypothesenkundl. in
Höhe von 15-22000 M.
Die weitere Auskunft
erteilt A. Gajewski, 7948
ul. Jana Töpfers 8, I.

Wünsche mich
als Teilhaber
mit 100 Millionen

an sicherem Unternehmen oder Geschäft zu
beteiligen. Offerten unter R. 7964 an die
Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Heirat

Dm. Oberbeamter
evgl., perf. poln. sprech.
Mitte 30er, sehr guter
Charakter, sucht pass.
Damenbelannte, am
lebst. Einheiratung
in Landwirtsch. Verm.
v. Verm. ob. Bekannt.
ang. Ges. Off. erbet.
u. L. 7232 a. Gesch. d. 3.

Privatförster
evgl. sucht Lebens-
gefährtin nicht unter
40 Jahren. Witwe ob.
Fräulein.
Offert. unt. M. 7939
a. d. Geschäft. d. 3.

Perfekte
Mamsell
sowie ein
Haussmädchen
sofort od. zum 1.8.
gesucht.

Kawiarnia
Gdańska
Def. G. Rollauer,
Bydgoszcz,
ul. Gdańsk 165.
Tel. 399. 7904

Perfekte
Mädchen
für alle Hausarbeiten
v. sof. verlangt.
100-120 000 per Monat.

Desgleichen 728

Kindermädchen.
für den ganzen Tag

gesucht.

Frau Ella Anoos,
Schleifendorf,
ulica Nakielska 2a,
gegenüber d. Blumen-
schule.

Haussmädchen
mit gut. Zeugnissen, w.
locht, außerher. idgl.
sucht f. 3. Verl. Haush.
b. h. ob. Fr. Scharmach.
ul. Kościelna 7. 7934

Perfekte
Stubenmädchen
für Baugeschäft!

perfekt in Polnisch,
Deutsch, Stenographie,
Schreibmaschine, evtl.
eigene Wohnung m. Ver-
pflegung, v. sofort gesucht.
Ausf. bewer-
blich. erbet. an R. 7281

Schweizerhof,
Sp. z ogt. odp.,
Mölleret und Dampf-
bäderet.

Zücht. Tapzierer
stellt ein 7250

Otto Domnick,
Bydgoszcz,
Kleinwand Annel 7.

Malergehilfen
u. Anstreicher
Lönen eintreten 7236

Ruz. Toruńska 189.

Züchtiger 7259

Schlosser oder
Schmied

möglichst älterer viel-
leitig erfahrener, d. mit
Dampfdruckmaschinen
Bescheid weiß, findet
dauernde Beschäfti-
gung eventl. auch aus-
hilsweise bei Schlosser-
meister Oskar Keller,
Bagrowie, ulica Pocztowa.

Stellmacher 7260

werden von sof. ein-
gestellt. Zu erfragen
Kintauerstr. 47, 1. r.

Tischler 7261

für furnierte Möbel
stellt ein 6974

G. Habermann,
Möbelsabt.,
Unt. lubelskie 9/11.

Züchtige
Tischler gesellen
stellt ein H. Matthes,
Möbelsabt. Garbarz 20.

7215

Fleisch, nüch. Mann,
der mit Kunden um-
zugehen versteht und
Ausweispapiere besitzt,

als erster Ausleiter
und

Borarbeiter

gesucht. 7205

Schweizerhof,
ul. Jagiellonego 25/27.

Bon sof. gel. erfahrt.,
auverl. arbeitsfr.

Wirt-
schafterin
z. Führung u. frauend.
Mitte 30er, sehr guter
Charakter, sucht pass.
Damenbelannte, am
lebst. Einheiratung
in Landwirtsch. Verm.
v. Verm. ob. Bekannt.
ang. Ges. Off. erbet.

7296 an die Ge-
schäftsst. d. Zeitung.

Perfekte
Mamsell
sowie ein
Haussmädchen
sofort od. zum 1.8.
gesucht.

Kawiarnia
Gdańska
Def. G. Rollauer,
Bydgoszcz,
ul. Gdańsk 165.
Tel. 399. 7904

Perfekte
Mädchen
für alle Hausarbeiten
v. sof. verlangt.
100-120 000 per Monat.

Desgleichen 728

Kindermädchen.
für den ganzen Tag

gesucht.

Frau Ella Anoos,
Schleifendorf,
ulica Nakielska 2a,
gegenüber d. Blumen-
schule.

Haussmädchen
mit gut. Zeugnissen, w.
locht, außerher. idgl.
sucht f. 3. Verl. Haush.
b. h. ob. Fr. Scharmach.
ul. Kościelna 7. 7934

Perfekte
Stubenmädchen
für Baugeschäft!

perfekt in Polnisch,
Deutsch, Stenographie,
Schreibmaschine, evtl.
eigene Wohnung m. Ver-
pflegung, v. sofort gesucht.
Ausf. bewer-
blich. erbet. an R. 7281

Schweizerhof,
Sp. z ogt. odp.,
Mölleret und Dampf-
bäderet.

Zücht. Tapzierer
stellt ein 7250

Otto Domnick,
Bydgoszcz,
Kleinwand Annel 7.

Malergehilfen
u. Anstreicher
Lönen eintreten 7236

Ruz. Toruńska 189.

Züchtiger 7259

Schlosser oder
Schmied

möglichst älterer viel-
leitig erfahrener, d. mit
Dampfdruckmaschinen
Bescheid weiß, findet
dauernde Beschäfti-
gung eventl. auch aus-
hilsweise bei Schlosser-
meister Oskar Keller,
Bagrowie, ulica Pocztowa.

Stellmacher 7260

werden von sof. ein-
gestellt. Zu erfragen
Kintauerstr. 47, 1. r.

Tischler 7261

für furnierte Möbel
stellt ein 6974

G. Habermann,
Möbelsabt.,
Unt. lubelskie 9/11.

Züchtige
Tischler gesellen
stellt ein H. Matthes,
Möbelsabt. Garbarz 20.

7215

Fleisch, nüch. Mann,
der mit Kunden um-
zugehen versteht und
Ausweispapiere besitzt,

als erster Ausleiter
und

Borarbeiter

gesucht. 7205

Schweizerhof,
ul. Jagiellonego 25/27.

Bon sof. gel. erfahrt.,
auverl. arbeitsfr.

Wirt-
schafterin
z. Führung u. frauend.
Mitte 30er, sehr guter
Charakter, sucht pass.
Damenbelannte, am
lebst. Einheiratung
in Landwirtsch. Verm.
v. Verm. ob. Bekannt.
ang. Ges. Off. erbet.

7296 an die Ge-
schäftsst. d. Zeitung.

Perfekte
Mamsell
sowie ein
Haussmädchen
sofort od. zum 1.8.
gesucht.

Kawiarnia
Gdańska
Def. G. Rollauer,
Bydgoszcz,
ul. Gdańsk 165.
Tel. 399. 7904

Perfekte
Mädchen
für alle Hausarbeiten
v. sof. verlangt.
100-120 000 per Monat.

Desgleichen 728

Kindermädchen.
für den ganzen Tag

gesucht.

Frau Ella Anoos,
Schleifendorf,
ulica Nakielska 2a,
gegenüber d. Blumen-
schule.

Haussmädchen
mit gut. Zeugnissen, w.
locht, außerher. idgl.
sucht f. 3. Verl. Haush.
b. h. ob. Fr. Scharmach.
ul. Kościelna 7. 7934

Perfekte
Stubenmädchen
für Baugeschäft!

perfekt in Polnisch,
Deutsch, Stenographie,
Schreibmaschine, evtl.
eigene Wohnung m. Ver-
pflegung, v. sofort gesucht.
Ausf. bewer-
blich. erbet. an R. 7281

Schweizerhof,
Sp. z ogt. odp.,
Mölleret und Dampf-
bäderet.

Zücht. Tapzierer
stellt ein 7250

Otto Domnick,
Bydgoszcz,
Kleinwand Annel 7.

Malergehilfen
u. Anstreicher
Lönen eintreten 7236

Ruz. Toruńska 189.

Züchtiger 7259

Schlosser oder
Schmied

möglichst älterer viel-
leitig erfahrener, d. mit
Dampfdruckmaschinen
Bescheid weiß, findet
dauernde Beschäfti-
gung eventl. auch aus-
hilsweise bei Schlosser-
meister Oskar Keller,
Bagrowie, ulica Pocztowa.

Stellmacher 7260

werden von sof. ein-
gestellt. Zu erfragen
Kintauerstr. 47, 1. r.

Tischler 7261

für furnierte Möbel
stellt ein 6974

G. Habermann,
Möbelsabt.,
Unt. lubelskie 9/11.

Züchtige
Tischler gesellen
stellt ein H. Matthes,
Möbelsabt. Garbarz 20.

7215

Fleisch, nüch. Mann,
der mit Kunden um-
zugehen versteht und
Ausweispapiere besitzt,

als erster Ausleiter
und

Borarbeiter

gesucht. 7205

Schweizerhof,
ul. Jagiellonego 25/27.

Bon sof. gel. erfahrt.,
auverl. arbeitsfr.

Wirt-
schafterin
z. Führung u. frauend.
Mitte 30er, sehr guter
Charakter, sucht pass.
Damenbelannte, am
lebst. Einheiratung
in Landwirtsch. Verm.
v. Verm. ob. Bekannt.
ang. Ges. Off. erbet.

7296 an die Ge-
schäftsst. d. Zeitung.

Perfekte
Mamsell
sowie ein
Haussmädchen
sofort od. zum 1.8.
gesucht.

Kawiarnia
Gdańska
Def. G. Rollauer,
Bydgoszcz,
ul. Gdańsk 165.
Tel. 399. 7904

Perfekte
Mädchen
für alle Hausarbeiten
v. sof. verlangt.
100-120 000 per Monat.

Desgleichen 728

Kindermädchen.
für den ganzen Tag

gesucht.

Frau Ella Anoos,
Schleifendorf,
ulica Nakielska 2a,
gegenüber d. Blumen-
schule.

Haussmädchen
mit gut. Zeugnissen, w.
locht, außerher. idgl.
sucht f. 3. Verl. Haush.
b. h. ob. Fr. Scharmach.
ul. Kościelna 7. 7934

Perfekte
Stubenmädchen
für Baugeschäft!

perfekt in Polnisch,
Deutsch, Stenographie,
Schreibmaschine, evtl.
eigene Wohnung m. Ver-
pflegung, v. sofort gesucht.
Ausf. bewer-
blich. erbet. an R. 7281

Schweizerhof,
Sp. z ogt. odp.,
Mölleret und Dampf-
bäderet.

Zücht. Tapzierer
stellt ein 7250

Otto Domnick,
Bydgoszcz,
Kleinwand Annel 7.

Malergehilfen
u. Anstreicher
Lönen eintreten 7236